

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag bei C. Buchhorn Buchdruckerei (Jahres D. Ström.) für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

**Anzeigenpreis:**  
Die eins. Zeile ober  
den Raum im Bezirk  
N. außer 25 Goldsch.  
Kest. Zeile 10 Goldsch.  
m. Tel.-Steuern. Kollekt.  
Anzeigen 100%, Zuschlag  
Offerte und Anzeigen  
erhalten 20 Goldsch.  
Bei größeren Aufträgen  
Rabatt, bei im Falle des  
Nahverkehrs bis 50%  
wird, ebenso wenn  
Zahlung nicht innerhalb  
3 Tagen nach Rechnungs-  
datum erfolgt. Bei Tarif-  
veränderungen treten so-  
fort alle früheren Ver-  
einbarungen außer Kraft.  
Fernsprecher Nr. 4.  
Für telefonische Aufträge  
wird keinerlei Gebühr  
übernommen.

**Wegpreis:**  
Halbmonat, in Neu-  
bürg 75 Goldsch. Durch  
die Post in Orts- u. Ober-  
amtsbezirk, sowie im  
In- u. Auslande, 90 Goldsch.  
m. Postgebühren. Preise  
für den Nachdruck sind  
nachzufragen. Preis einer  
Nummer 10 Goldsch.  
In Fällen d. d. Gewalt  
bleibt kein Anspruch auf  
Ersatzung der Zeitung od.  
auf Rückzahlung des  
Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle  
Postämter, sowie Agen-  
ten u. Bestellerinnen  
jederzeit entgegen.  
Gesamt Nr. 24  
D. V. - Verlags - Neuenbürg.

Nr. 53.

Freitag, den 5. März 1926.

84. Jahrgang.

## Deutschland.

**Breslau, 4. März.** In der Stadtverordnetenversammlung kam es bei der Beratung der neuen Geschäftsordnung zu scharfen Auseinandersetzungen. Als im Verlauf der schon vorher erfolgten Auseinandersetzungen ein Kommunist dem Vorsteher ein Schlag an den Kopf versetzt, rief der Vorsteher die Polizei zu seinem Schutz in den Sitzungssaal. Ein ungeheurer Lärm auf den Bänken der Linken war die Folge. Die Polizeibeamten nahen nach mehreren Versuchen, die Rufe der kommunistischen Mitglieder zu durchbrechen, schließlich ohne Erfolg. Infolgedessen wurde die Sitzung auf morgen verschoben. Die Sitzung wurde darauf fortgesetzt, erlitt aber fortwährend Unterbrechungen. Die Kommunisten begannen, die Internationale zu singen. Der Vorsteher wurde von seinem Platz ferngehalten, während ein Kommunist die Sitzung für geschlossen erklärte. Der Vorsteher stellte kurz nach 1 Uhr Hausfriedensbruch fest und verurteilte die Sitzung.

**Berlin, 4. März.** Dem Reichsfinanzministerium ist eine Eingabe des deutschen Weinbauverbands zugegangen, die die sofortige völlige Befreiung der Weinsteuer und der Gemeindegeldsteuer verlangt. In ihr wird u. a. ausgeführt, daß die Art der Erhebung der Weinsteuer ihre Unerträglichkeit noch fördere. Viele kleinere Besitztümer haben der lästigen Nachzahlung und Kontrolle wegen den Weinabsatz eingestellt. Die Erhebung der Steuer von 20 auf 15 Prozent brachte keine Erleichterung. Der Weinabsatz ist so sehr, daß legendenweise kein Wein geerntet werden muß. Der durch die Aufhebung der Weinsteuer eintretende Steueranfall würde durch die wieder in Höhe zunehmende Zahlung von Einkommensteuer ausgeglichen werden. Durch Befreiung des Weinverbrauchs würden die mit dem Weinbau und Weinhandel zusammenhängenden Industrien und Gewerbe wieder Verdienstmöglichkeiten, dem Steuerfiskus dadurch neue Einnahmen entstehen.

**Berlin, 4. März.** Im Reichstag ist folgende Anfrage des Verbands eingegangen: Die Finanzämter wenden vielfach bei der Berechnung von Steuern in letzter Zeit entgegen den Befehlen der zuständigen Reichsbehörden ohne Rücksichtnahme auf die schwierige Wirtschaftslage unerträgliche Särten an. Die Sammlung der betroffenen Volksteile wird täglich erschwert und führt zu einer sozialpolitischen Gefahr von bedeutender Ausdehnung. Ist die Reichsregierung bereit, solche Maßnahmen zur wirksamen Abhilfe zu treffen?

**Berlin, 4. März.** Die Reichsregierung hat in einer Note gegen die unzulässige polnische Pressebeobachtung u. a. gegen das deutsche Generalkonsulat in Katowitz anlässlich der letzten Deutschenmissionen in Polnisch-Oberschlesien scharfen Einspruch eingelegt. Im Zusammenhang mit den jüngsten Ausfälligkeiten gegen Deutsche in Ost-Oberschlesien verdient das Urteil des polnischen Gerichts in Königshütte Beachtung, vor dem sich 10 polnische Aufständische zu verantworten hatten, die im September vorigen Jahres in das Hofino der Dubertshütte in Hohenland eingedrungen waren und sechs Angehörige der deutschen Arbeiter misshandelt und zum Teil schwer verletzt hatten. Das Gericht sprach 88 von 40 Angeklagten frei und verurteilte nur zwei zu je vierzehn Tagen Gefängnis.

## Zur Auseinandersetzung des Staates mit dem Hause Württemberg.

Die Verbotsstelle veröffentlicht folgende Mitteilungen: Ueber die dem Staate Württemberg zufallenden Werte und die dem Hause Württemberg verbleibenden Werte wird folgende Statistik aufgestellt:

1. Als Krongut sind auf den Staat nachstehende Güter, Gebäude und Gegenstände übergegangen:
  1. Das Residenzschloß; 2. das Alte Schloß; 3. der sog. Schloßpark, jetzt allgemein Akademie genannt; 4. der Schloßpark, die Pläne und die übrige Umgebung des Residenzschlosses; 5. das Kunstgebäude; 6. das Rathausgebäude; 7. die alte Kasse; 8. das Hofparlament, Kanalarstraße 21; 9. die umfangreichen Soldatenwohnungen Schloßstraße 29, 30 und 32; 10. die Hofkammergrundstücke (Großes und Kleines Haus) mit dem Verwaltungsgelände; 11. der Hofgarten; 12. das neue Reithaus und das alte Hofwachegebäude Redartstraße; 13. das Haus Redartstraße Nr. 51; 14. die oberen und unteren Anlagen (oberer und unterer Schloßgarten); 15. der Hofgarten an der Kriegsbergstraße; 16. der Hofgartenpark mit Sandhaus, die Wilhelmstraße mit Theater, das neue Hofwachegebäude und die Redartinsel; 17. der Hofgarten; 18. der Park Favorite bei Ludwigsburg; 19. der Hofgarten und Schwarzwaldpark bei der Solitude; 20. die Palastanlage im Dörfle, Parkweg West im Dörfle; 21. die epistole Baumgasse im Dörfle; 22. die Hofbibliothek.

Außerdem waren Krongutgegenstände die Kronmünzenkammer und die Kronsilberkammer, Einrichtungsgegenstände der Schloßkammer und die Bestände des Warstalls.

Der heutige Wert dieses früheren Kronguts wird auf 60 bis 80 Millionen Mark geschätzt.

Die bei den Vergleichsverhandlungen geltend gemachten Ansprüche des Hauses Württemberg sind im wesentlichen folgende:

1. Anspruch auf Anerkennung des Eigentums an solchen Gegenständen, die von jeder Eigentum des Hauses Württemberg waren.
2. Anspruch auf Herausgabe oder Entschädigung bei Gegenständen, die von Mitgliedern des Hauses Württemberg in Anspruch genommen worden, die aber nach dem letzten Willen oder dem Schenkungswillen des betreffenden Mitglieds dem Hause Württemberg verbleiben sollten. (Prinzessin Marie-Sämil, bestimmte Einrichtungsgegenstände der Schloßkammer, vor allem das Privatnachsatz des verstorbenen Königs Karl).
3. Anspruch auf eine angemessene Entschädigung für den

Wegfall der Privilliege, der Spannen und Wittume, sowie den Wegfall der Kautionsleistung am Krongut. Dieser Anspruch wird folgendermaßen begründet:

Das Haus Württemberg verzichtete im Jahre 1819 auf seine Ansprüche an seinem damals größeren Familiengut, dem sog. Kammergut, das dem Staat zurzeit eine jährliche Rente von etwa 13 Millionen abwirft. Dieses Kammergut war ursprünglich Hausvermögen. Es kamen hinzu Leihgüter, Wittgüter, Schenkungen, Erbschaften und Entschädigung für die Herrschaft Rumpelgard, die im privaten Eigentum des Hauses Württemberg stand. Als Gegenleistung für die Liebertragung des Kammerguts auf den Staat hat der Staat sich gegenüber dem Hause Württemberg zur Gewährung der Privilliege, der Spannen und Wittume und der Kautionsleistung am Krongut (einem kleineren angefallenen Teil des früheren Kammerguts) verpflichtet. Die Ansprüche des Hauses Württemberg auf diese Leistungen haben stets ihren geschichtlichen und rechtlichen Zusammenhang mit den Einkünften des im Jahr 1819 an den Staat abgetretenen Kammergutes bewahrt, das für die Erfüllung dieser Ansprüche haften. Mit dem Umsturz hat der Staat die ihm vom Hause Württemberg übertragene Güter zwar einerseits behalten, die vom Staat übernommenen Ansprüche des Hauses Württemberg aber nicht mehr befreit und dem Hause Württemberg auch die Kautionsleistung am Krongut entzogen.

Zu dieser Frage wird mitgeteilt, daß ein vom Staat eingekohltes Gutachten des Oberlandesgerichts die Ansprüche des Hauses Württemberg in vollem Umfang bestätigt hat.

## Der Kampf um die Gemeinschaft der Freunde in Württemberg.

**Stuttgart, 3. März.** Die „Gemeinschaft der Freunde“ e. V. zur Schaffung von Eigenheimen und Altersheimen veranfaßte heute abend zur Abwehr der verächtlichsten Angriffe durch Siedlungsvereine, Sparkassen und Banken im Festsaal der Lieberhalle eine große Kundgebung. Der große Saal war von vielen tausenden Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Verammlung wohnten auch zahlreiche Abgeordnete bei. Da die Gegner der Gemeinschaft gleichfalls in großer Zahl anwesend waren und die Redner mit Zwischenrufen mehrfach unterbrochen, nahm die Verammlung einen überaus stürmischen Verlauf. Die Verammlungsleiterin Fräulein Frau sprach Begrüßungsworte und führte aus, daß ein trauriger Anlaß und zusammengefaßt habe, da nämlich die württembergischen Behörden sich über die Gemeinschaft einseitig hätten unterrichtet und zu unangenehmsten Maßnahmen beschritten lassen. Die Regierung müsse erkennen, welchen Wert das Eigenheim für die Familien habe und sollte daher die G. d. F. unterstützen. Das Wort sei nicht nur ein Wert der Selbsthilfe, sondern auch der Nächstenhilfe. Sodann rechnete der Begründer und Vorsitzende der G. d. F. Kropf mit der großen Zahl der Mitglieder in überaus temperamentsvoller Weise ab. Er gab zunächst seiner Begeisterung über die Erklärung des Ministers Voll Ausdruck, daß die Angriffe gegen die Gemeinschaft mit seinem Wissen und Willen nicht erfolgt seien. Die Sache sei ausgegangen von der wehrfähigen Deutschnation und dem Deutschnation. Weniger verständlich seien die Angriffe seitens der Sparkassen, zu denen man jedes Vertrauen verloren habe. Der schlußliche Gegner sei der Regierungsdirektor Weiß in Stuttgart. Als die Verammlung dessen Entfernung aus dem Saale verlangte, bat Kropf, ihn da zu lassen, da seine Botschaft riesengroß werde. Der Redner erläuterte dann die Grundlagen des Gemeinschaftsplanes der G. d. F. und ging auf die verschiedenen Angriffe näher ein. Es sei ein Verbrechen der Gegner, das Vertrauen, das unter uns herrsche, zu zerstören. Die Angriffe hätten das Gegenteil zur Folge gehabt, denn im Januar und Februar 1926 hätten sich neue 2000 Haushalter mit 30 Millionen Mark Bauverträgen neu angegeschlossen. Dafür beständen in Württemberg 150 Baugenossenschaften, die auch gerne bauen würden, wenn sie Geld hätten und jetzt aus Konkurrenz gegen die G. d. F. Sturm laufen. Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen sprach Herr Kropf, der erklärte, daß die Regierung mit der G. d. F. zusammenarbeiten sollte, um die Wohnungsnot Schuler an Schuler zu bekämpfen und es als einen Nationalverrat erachtete, wenn gewisse Teile in einem Ministerium der Auffassung seien, die Ausgabe der Spargelder verbieten zu wollen. Verversicherungsmaßnahmen und volkswirtschaftlich seien die Berechnungen richtig. Die Kritik könne nichts besseres an Stelle der G. d. F. setzen. In Ausführungen weiterer Redner wurde dem Grundgedanken der G. d. F. zugestimmt und die Perimeterdrückung des Bundes auf ein tragbares Maß als eine Großtat bezeichnet. Es wurde dann die gefällige Entschädigung angenommen. In seinem Schlußwort teilte Kropf mit, daß die Regierung die Ausgabe von Bauverträgen inzwischen freigegeben, aber vorerst verboten habe, dies der Öffentlichkeit bekannt zu machen. (Großes Gelächter.) Bei Schluß der Verammlung wurden einige Teilnehmer, die durch Anwesenheit Störungsbereitschaft unternommen hatten, von der ertrogen Menge mit Gewalt aus dem Saale geschafft. In Beginn und zum Schluß wurden aufwandsreiche auf der Orgel Choräle zum Vortrag gebracht. Die von Gegnern geforderte freie Aussprache wurde nicht zugelassen.

## Die bayerische Volkspartei und der Bauern- und Mittelstandsbund gegen das Volksbegehren.

**München, 3. März.** Der Landesvorstand der Bayerischen Volkspartei hat einen längeren Aufruf an die Parteimitglieder gerichtet, in dem dazu aufgefordert wird, der Einziehung in die Listen der von den Kommunisten und Sozialdemokraten geforderten Volksbegehren auf Entziehung der Fürstenerwerbsteuer fernzubleiben. In dem Aufruf wird u. a. gesagt, daß die entschädigungslose Entziehung von Staatsbürgern, wie immer

sie heißen mögen, ein brutaler Gewaltakt sei, der die Fundamente eines jeden Staates, am meisten die Fundamente eines Volksstaates zerstören müsse. Ferner wird bemerkt, daß die entschädigungslose Entziehung verfassungswidrig sei, denn das Privatvermögen sei auch in der Weimarer Verfassung ausdrücklich als Grundlage des Staates geschützt. Ueber die Stellungnahme des bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes zu der Frage des Volksbegehrens zur Fürstenerwerbsteuer erlaube ich mir die Vorstandschaft des bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes hat sich in dieser letzten Sitzung eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigt und hat dabei übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß das geforderte Volksbegehren bereits durch den mit dem Hause Württemberg abgeschlossenen Abfindungsvertrag überholt sei. Dieser Vertrag habe Rechtsgültigkeit und müsse für jeden Teil der Vertragsschließenden verbindlich sein und bleiben. Aus diesem Grunde komme für den bayerischen Bauern- und Mittelstandsbund dieses Volksbegehren nicht in Frage.

## Handel und Gewerbe im Februar 1926.

**Berlin, 3. März.** Nach den Berichten der preussischen Handelskammer, die im Ministerium für Handel und Gewerbe zusammengestellt sind, stellt sich die Lage für Handel und Gewerbe im Februar 1926 folgendermaßen dar: Die Wirtschaftslage hat sich von ihrem Tiefstand noch nicht erholt. Die Lage des Arbeitsmarktes ist weiterhin sehr schlecht. Die Schmelzindustrie (Kohlen und Eisen) leiden noch wie vorwiegend. Die Lage der Textilindustrie hat sich zum Teil verbessert. Nur einzelne Wirtschaftszweige, wie die Holzindustrie und das Nahrungsmittelgewerbe zeigen besseren Wiederaufschwung. Die Steuerentlastung des Reiches wird von der Wirtschaft im allgemeinen freudig begrüßt, doch wird erwartet, daß die Länder und Gemeinden ebenfalls zu einer Senkung übergehen.

## Die Steuererminderungen vom Reichstag angenommen.

**Berlin, 3. März.** In der Vollziehung des Reichstages am Mittwoch wurde der Gesetzesentwurf über die Steuererminderungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage gegen die Stimmen Bauerns und Reichsbauernvereins bei Stimmenmehrheit von Baden und Thüringen angenommen. Der Gesetzesentwurf legt die Umsatzsteuer vom 1. April d. J. ab auf 0,8 Prozent herab. Die Umsatzsteuer wird ganz befreit. Weitere Artikel des Gesetzes bringen Feuerliche Erleichterungen für wirtschaftlich notwendige Betriebszusammenschlüsse, also eine Ermäßigung der sogenannten Zusatzsteuer. Die Hauptbestimmung ist, daß bei Verschmelzungen von Kapitalgesellschaften die Gesellschaftsteuer auf 1 Prozent ermäßigt wird. Werden Grundstücke eingebracht, so ermäßigt sich die Grundsteuersteuer auf 1/2 Prozent. Zuschläge zur Grundsteuersteuer und eine Wertminderungssteuer dürfen nicht erhoben werden. Die neue Bestimmung hat rückwirkende Kraft für die Rechtsvorgänge, für die die Steuererhebung in der Zeit vom 1. Dezember 1925 bis 3. März 1926 entfallen ist. Verrentete Zahlungen an Länder und Gemeinden werden nicht zurückbehalten. Außerdem enthält die Vorlage Bestimmungen über Verlegung der Zahlungstage für die Vorauszahlungen der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer, sowie Bestimmungen über eine vereinfachte Erhebung der Vermögenssteuer für 1926. Danach wird die Vermögenssteuer für das Kalenderjahr 1926 nicht besonders veranlagt. Sie wird in Höhe von 3 Prozent des Jahresnettoertrages für das Kalenderjahr 1925 erhoben. Die am 15. Mai 1926 vorgesehene Zahlung auf die Vermögenssteuer 1926 ist nicht zu entrichten.

## Ausland.

**Paris, 4. März.** Briand wandte sich in der Kammer gegen die sozialistische Forderung, daß die französischen Botschaftsdelegierten in Wien jeden Verkehr mit den Ungarn abbrechen sollten. — Der südbosnische Außenminister Ritschitsch will mit Briand den Gedanken eines Bündnisses erörtern.

**London, 4. März.** Hier spricht man von einem neuen Kompromiß in der Ruhrfrage, wonach die Zulassung Spaniens unmittelbar nach der Annahme Deutschlands zur Debatte gestellt werde.

## Dr. Dinghofer über den Ausführgedanken.

**Wien, 4. März.** Ueber die Ausführgedanken für den Anschluß Österreichs an Deutschland sprach der Präsident des Nationalrates, Dr. Dinghofer, auf der Hauptversammlung des Österreichischen Industriellen-Bundes. Dinghofer, der selber ein sehr warmer Anschlußfreund ist, erklärte, die Ausführgedanken seien zurzeit sehr ungenügend. Der Preis, den unsere Nachbarn und die Weltmächte für den Anschluß verlangen, ist zu hoch, als daß wir ihn zahlen könnten. Die Südtirolerfrage könne erst im Herbst auf der großen Botschaftsversammlung zur Sprache gebracht werden. Wenn Österreich jetzt schon damit vor den Völkern gehen würde, hätte Deutschland einen zu schweren Stand. In der Südtirolerfrage sei aber etwas anderes zu beachten, die sogenannte Eisenbahnfrage.

## Frankreichs Kolonialkrieg.

**Paris, 4. März.** Nach Syrien und Marokko gehen seit drei Tagen große Verstärkungen ab. Einige Bataillone teilen mit, daß es sich um rund 5000 Mann für Marokko und 7000 Mann für Syrien handle. Die Kontingente werden hauptsächlich aus Truppen mittelfranzösischer Garnisonen zusammengesetzt. Die französische Gegenoffensive steht unter dem Kommando des Generals Franchet d'Esperey. Wenn man sich an seine Taten vor dem Krieg erinnert, so ist anzunehmen, daß der Oberkommandierende auch jetzt mit unerbittlicher Schärfe und Grausamkeit den Kampf gegenüber den Eingeborenen führen wird.

## Chamberlains Unterwerfung.

**London, 4. März.** Die heutige Debatte im Unterhaus über











Eintretungen in die vom 4. März ab ausstehenden Listen für den Volksentscheid ist nicht, wie die Teilnahme an Wahlen, Staatsbürgerpflicht und Nationalpflicht. Wer sich in diese Listen einträgt, schließt sich dem aus blindem Führertum und bolschewistischer Feindschaft geborenen Antrag der Kommunisten und Sozialisten an. Es ist selbstverständlich, daß jeder anständige und rechtschaffene Deutsche, der an Ehre und Dankbarkeit festhält, und der das Eigentum vor Rechtsbruch und Sozialisierung schützen will, diesen Listen fernbleibt. Wir erwarten von

unseren Parteifreunden, daß sie selbst handeln und daß sie für die Auffklärung sorgen: Keine Unterschrift dem bolschewistischen Volksbegehren!

**Die deutsche Delegation für Genf.**

Berlin, 4. März. Die deutsche Delegation für Genf wird jetzt, wie nunmehr bestimmt worden ist, Freitag abend Berlin verlassen. Von der Stellung eines Sonderzugsgesellschaftsleiter worden, vielmehr werden dem fahrplanmäßigen Schnellzug

nach Basel ein Schlafwagen und ein Salonwagen angehängt. Die Ankunft in Genf erfolgt am Samstag abend. Die Delegation setzt sich wie folgt zusammen: Reichsanwalt Dr. Winter, Reichsbauamtsminister Dr. Stresemann, Staatssekretär Kuntze, Staatssekretär von Schubert, Ministerialdirektor Gaus, Ministerialdirektor Dr. Ried, Geheimrat von Wilton und Staatssekretär Redhammer, Generalsekretär der Delegation, der bereits in dieser Eigenschaft die deutsche Delegation nach Rom begleitete.

# PERFLOR

ist besser



als das Waschmittel, das Sie brauchen.  
Perflor D. N. P. von Flammer ist etwas noch nie Dagewesenes. Es sind die einzigen selbsttätigen Seifenlösungen, die es gibt.  
Perflor ist besser als pulverförmige selbsttätige Waschmittel, weil es ohne jede Schärfe für Wäsche und Hände, ohne Soda und Wasserglas ist.  
Reinigt die grobe Wäsche mit Perflor, es hat in einer Viertelstunde die Wascharbeit für Dich getan.  
Perflor ist billig und bequem, denn es befürzt das Waschverfahren: Einseifen, Einbürsten, zweites Kochen und lästiges Reiben sind nicht mehr erforderlich.  
Perflor ist besser als andere Seifenlösungen, weil es wäscht, bleicht und Flecken entfernt.  
Wäsche die feinsten Gewebe, Wolle und Seide, bunte Stoffe kalt oder handwarm mit Perflor.  
Perflor ist ein Wunder: Es erhält die Farben und nimmt doch jedenfleck. Es wäscht Schweißweiß und ist doch mild wie die mildeste Seife. Perflor ist chlorfrei. Löse Perflor kalt oder lauwarm.  
Preis: Paket 45 Pfg.

HERSTELLER: KRAEMER & FLAMMER, HEILBRONN

Kinderzeitung „Das kleine Coco“ oder Lachzeitung „Pipi“ gratis!




MARGARINE

# Rahma

buttergleich

Was zu Espagone und Genuss heut' jede Hausfrau haben muss:  
**Rahma - buttergleich**

Sämtliche Formulare & Nech'sche Buchdruckerei.

**Turn-Verein Neuenbürg.**  
Allen Quartiergebern unserer Schwimmringe sagt der Turnverein herzl. Dank.  
Auf die Bekanntmachung des hies. Schwarzwaldbereichs betr. Lichtbilder-Vortrag am Sonntag, den 7. d. M., abds. 7 Uhr, mache ich unsere Mitglieder aufmerksam, da der Vortrag äußerst interessant zu werden verspricht.  
Der Vorstand.  
Dobell  
Birta 15-20 Zentner gut eingebrachtes

**Stroh**  
sucht zu kaufen  
August Pfeiffer,  
Fuhmann.

**Pfannkuch**  
Infolge günstiger Käufe Schweine-Schmalz

rein amerikanisch  
Pfund 92 Pfg.  
Prima  
**Salatöl**  
Liter 1.20 Mk.

Feinstes  
**Tafelöl**  
Liter 1.40 Mk.

**Pfannkuch**

**Maul- und Klauenseuche.**  
Die Seuche ist erloschen in Gernsbach, Bez.-Amts Rastatt, und Pfaffenrot, Bez.-Amts Ettlingen, neu ausgebrochen in Rönigsbach, Bez.-Amts Pforzheim.  
Mit Rücksicht auf den Seuchenstand in den benachbarten Bezirken gelten bis auf weiteres folgende seuchenpolizeiliche Anordnungen:  
**Beobachtungsgebiet:** Conweiler, Pfinzweiler nebst Hasenloch, Ober- und Unternielesbach sowie Ottenhausen.  
**15 Km. Umkreis:** die übrigen Bezirksgemeinden.  
Die ob. Bekanntmachung vom 26. Januar ds. Js. - Einzeltitel Nr. 21 - wird hiedurch geändert.  
Neuenbürg, den 4. März 1926. **Oberamt.**  
Amtmann Hedel.

**Stämme, Stangen- und Brennholz-Versteigerung.**  
Die Gemeinde Burbach versteigert aus ihrem Gemeindewald, vorm. 9 1/2 Uhr beginnend, auf dem Rathaus:  
Am Montag den 8. März ds. Js.  
72 Fichten, 292 Fichten, 6 Lärchen, 17 Buchen, 120 Eichenstämme von 1,37 Festm. abwärts.  
142 Baukanten I., 53 II. Klasse, 32 Hagstangen, 31 Hopsstangen I., 65 II., 105 III., 250 IV. Klasse, 590 Rehheden, 515 Wohnredden.  
Am Dienstag den 9. März ds. Js.  
91 Ster buch., 15 Ster eich., 5 Ster gemischte Scheiter, 72 Ster buchene, 75 Ster gemischte, 191 Ster forstene Brägel.  
Sämtliches Holz kann auf der Moosbaldstraße abgeholt werden.  
Burbach, den 27. Februar 1926.  
Der Gemeinderat.  
Kunz, Bürgermeister.  
Giele, Ratsschreiber.

**Schützen-Verein Neuenbürg.**  
Mittwoch den 10. März, abends 8 Uhr, findet im Lokal (Kiefer) unsere jährliche  
**Hauptversammlung**  
Tagesordnung:  
1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Neuwahlen, 4. Anträge, welche bis 8. ds. Mts. beim Oberschützenmeister eingereicht sein müssen, 5. Verschiedenes.  
Der Oberschützenmeister.

**Hundebörse**  
G. Rapp z. „Hirsch“  
Schömberg.

**Hundebörse**  
findet nächsten Sonntag im „Löwen“ statt.  
Burghard zum „Löwen“.

**Württemberg. Schwarzwald-Verein**  
Bezirksverein Neuenbürg.  
Am Sonntag den 7. März 1926, abends präzis 7 1/2 Uhr - Schluß 10 Uhr - in der Stadt. Festhalle in Neuenbürg

**Lichtbilder-Vortrag**  
über die  
Beseitigung und Ueberschreitung des 4810 m hohen  
**Montblanc**  
durch Apotheker Hugo Bozenhardt in Neuenbürg.

Die Mitglieder unseres Bezirks und unsere Nachbarvereine, sämtliche hiesigen Vereine und die Einwohnerschaft von Neuenbürg und Umgebung werden freundlichst eingeladen.  
Eintrittskarten mit Programm für Nichtmitglieder im Vorverkauf bei Apotheker Bozenhardt zu 30 Pfg., an der Abendkasse zu 50 Pfg. erhältlich. Mitglieder nebst Familienangehörigen sind frei! Saalöffnung 6 Uhr. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

**Bezirks-Obst- u. Gartenbauverein Neuenbürg.**  
Am Sonntag den 7. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gasthof zum „Bären“ in Neuenbürg  
**Hauptversammlung.**  
Tagesordnung:  
Bericht vom Vorjahr, engere Fühlung mit dem Württ. Obstbauverein und mit den Mitgliedern, Beitrag, Bericht über Württ. Obstbauverein, Arbeitsplan 1926, Wahlen.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand: Knodel.

Die günstigste Einkaufs-Gelegenheit bietet Ihnen der  
**Konkurswaren-Verkauf**  
in  
Herrenkleidern aller Art  
bei  
**Puder, Pforzheim**  
Kronenstraße Nr. 5.  
Pforzheim.

Der **Bezirks-Bienenzuchtverein**  
hält am nächsten Sonntag, 7. März, mittags 2 Uhr, im „Ahlten Brunnen“  
**Verammlung**  
ab, wozu Freunde und Gönner eingeladen sind.  
Der Aufsicht.

Pol. Wäschekommune in Marmor ohne Spiegel, pol. zweiflügeliger Schrank, pol. pol. Nachtschloß, pol. pol. stellen, fadner pol. Tisch, pol. Ausziehtisch, loc. Tisch, Schrank, loc. Stuhl, Schrank mit Schubl. und Wäschtisch, schönes, loc. Verste, pol. a. loc. Kommoden, Küchenbüffel u. d. d. Marmorisch Schreibstisch, weiß. Schrank, Schränken u. and.  
Pforzheim, Dillweiserstr. 11. Laden.

**Pfannkuch**

**Wein-**  
**Ab schlag**

**Weiß-Weine**  
Tischwein II 60  
1/2 Flasche  
Ebenhöfener 85  
1/2 Flasche  
Obermoseler 1.-  
1/2 Flasche  
Bayerfelder 1.20  
1/2 Flasche

**Rot-Weine**  
Tischwein 80  
1/2 Flasche  
Dürkheimer 1.20  
1/2 Flasche  
Kalktatter 1.20  
1/2 Flasche  
einzel. Stewr. abg. Glas.

**Pfannkuch**

Bezugspreis  
Halbmonat, in P  
bürg 75 Goldgr.  
die Polim Orts- u.  
amtsverkeht, low  
sonit im. Verk. 93 G  
u. Poltschlag. 9  
tribrio, Haderche  
ordhalten. Peris  
Nummer 10 G  
In Füllen 100. G  
schicht kein Anpru  
Eserung der Zeitun  
auf Rükherhaltung  
Bezugspreises  
Beziehungen mit  
Führer, som  
laren u. Wertschö  
jederzeit entgeg  
Sto-Buch Nr. 1  
O. S. G. Buchh. Druck

54.

Politik  
Am letzten Sonnt  
tag zum Geb  
gebung meinte der  
sar Gemüht und in  
tracht rüben zu lasse  
eigenen jurist in die  
Verhältnisse unter  
Beiden antworten.  
Weltkrieg zu belegen  
Todesurteil verurtheil  
Traner des Volkes in  
Dessen einer dankbe  
wird geordnet. B  
Gedächtnistag nicht  
genen worden ist, f  
im Westen zum  
eine offizielle Teat  
schänken, lediglich  
behalten. Was son  
Freidhöfen, war rei  
Die württemberg  
vertriebenen über  
berum den schwerer  
ausgelegt gewesen.  
auch schon verschied  
mungsprogramm  
der Landtagsbeginn  
denen ziemlich verli  
wenn aber anderweit  
denen Wünsche des  
warten wollte, gab  
Versteigerung über  
Kaufhaus. Er erklä  
Bewohnungsprogr  
rang leichter, da i  
rei eingeben. Die  
Obergrenze und die  
unfähiger Faktor, de  
plant, im Jahre 192  
stellen, also etwa 6-  
1. April die Richter  
bei Vermietern und  
nahme finden. Die  
hängen notwendig g  
der Zwangsversteige  
wirkungen erwartet.  
ter hauer schäde, da  
Arbeiten Mißbrau  
Das Reich plant  
ungereform. Der n  
bet sich in letzter B  
mäßig geändert. 7  
Kändern und Gemei  
die Staatsverwaltung  
sich besonders für be  
bedingte Erhaltung  
eine Bejahung der re  
tere Reformen, die i  
Veränderung des Wahl  
griest werden und  
Wählern und Gewä  
aber über ein Anso  
bei der Reform dar  
wird die lebende G  
Unmittelbar vor  
die Völkerverein  
sch Werf getrennt  
mung des volkshen  
den es gleichzeitig m  
den Seite lehnt De  
seiner Hamburger K  
einen Eintritt in de  
seiner Zusammensch  
einer besseren Ker  
Deutschland natürli  
süder nach Fernmit  
ne Organisation em  
freit wird bereit  
Endes wird es in die  
Geltung zurzeit abe  
Wänden, 6. W  
schen Landtagestiel  
einen jährlichen Be  
schliche, trotz Nebe  
von der Vaterländ  
ten Jahren vor der  
mit Ueberschüssen a  
einen Beibehrag an  
Krisenruhe, 6. W  
schen Landes-Effend  
des badischen Verle  
des Kilometerbestes  
finanziellen Vorteils  
bei Einführung des  
verbund mit Kochbr  
150 bis 200 Million  
best regt, wenn es